Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5399**
16. Wahlperiode 22. 05. 2007

Dringliche Fragen

für die Fragestunde der 99. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 23. Mai 2007

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordnete **Dr. Dagmar Enkelmann** (DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem verheerenden Selbstmord-Attentat auf die Bundeswehr am 19. Mai 2007 in der afghanischen Stadt Kunduz?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

2. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wird die Bundesregierung bei den bevorstehenden Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm angesichts der großräumigen Versammlungsverbote rund um den Tagungsort sowie der angekündigten und bundesweit bereits durchgeführten Vorkontrollen von Gipfel-Kritikern sicherstellen, dass die politische Richtlinienkompetenz der Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, beachtet wird, welche sich vergangenen Freitag laut Tagespresse in Samara gegenüber Präsident Wladimir Putin nachdrücklich zur Demonstrationsfreiheit bekannt hat (sie sei „besorgt, wenn jemand gar nichts gemacht hat, sondern nur auf dem Weg zu einer Demonstration ist," dürften Behörden ihm keine „Schwierigkeiten bei der Anreise" machen, sondern müssten Demonstrationen in einer am Tagungsort „sichtbaren Form" zulassen)?

3. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie tritt die Bundesregierung nach den Bekenntnissen der Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, zur Demonstrationsfreiheit am vergangenen Freitag in Russland und ihrer Kritik an deren dortiger sicherheitsbehördlicher Einschränkung dem dort bereits von Präsident Wladimir Putin geäußerten und sich

im Ausland möglicherweise verbreiternden Eindruck entgegen, der massive Einsatz von Sicherheitsbehörden auch hierzulande gegen Proteste zum G8-Gipfel in Heiligendamm u. a. mit 1 100 Bundeswehrkräften nebst Gerät (vgl. Antwort der Bundesregierung vom 16. Mai 2007 auf meine diesbezüglichen Fragen 5/39 und 5/40 vom 4. Mai 2007) sowie weiträumige Versammlungsverbote beeinträchtige die Demonstrationsfreiheit und könne Ansehen sowie die internationale Position der Bundesrepublik Deutschland als verlässlicher Partner nicht nur im Verbund der acht wichtigsten Wirtschaftsnationen erheblich schädigen?

Berlin, den 22. Mai 2007

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333